

SPIEGEL ONLINE

21. Juni 2018, 16:33 Uhr

Wasserversorger zum Nitrat-Urteil

"Eine Klatsche mit Ansage"

Ein Interview von [Christoph Seidler](#)

Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs gegen Deutschland wegen zu viel Nitrat im Trinkwasser warnen die Wasserversorger: Die Regeln sind noch immer nicht streng genug. Kritik werde noch immer nicht gehört.

Es war keine wirkliche Überraschung. Der Europäische Gerichtshof **hat Deutschland am Mittwoch wegen der anhaltend hohen Nitratwerte im Grundwasser verurteilt**. Über Jahre habe die Regierung zu wenig getan, um EU-Regeln zum Wasserschutz umzusetzen, so die Richter. Die EU-Kommission könnte nun versuchen, Strafzahlungen von Deutschland zu erstreiten - falls sich die Lage nicht bessert.

Wichtigste Quelle für die Nitratbelastung ist die Landwirtschaft. Die Bauern nutzen Mineraldünger und Gülle, um das Wachstum ihrer Pflanzen anzukurbeln - doch wenn sie zu viel düngen, landen überschüssige Mengen im Grundwasser. Und das birgt Gefahren - **weil aus dem Nitrat das für Menschen schädliche Nitrit entstehen kann**.

Besteht nun aber eine Chance, dass sich die Nitratbelastung des Trinkwassers auf absehbare Zeit bessert? Ja, sagt Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU). Die neue Düngeverordnung der Bundesregierung leiste "einen wesentlichen Beitrag, die Belastungen im Grundwasser zu senken", argumentiert sie. Im Haus von Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) ist man nicht ganz so sicher. "Wir sind sicher, dass es mit den neuen Düngerrechtsregelungen deutliche Verbesserungen geben wird", sagt Staatssekretär Jochen Flasbarth. "Ob das dann ausreichend ist, wird man sehen."

Die meist kommunalen Wasserversorger halten jedenfalls auch die aktuell gültigen Regeln für nicht ausreichend und warnen vor steigenden Trinkwasserpreisen, sobald auch im Grundwasser die Nitratwerte steigen. Im Interview beschreibt Karsten Specht vom Verband Kommunaler Unternehmen das Problem.

SPIEGEL ONLINE: Ist das Nitrat-Urteil des Europäischen Gerichtshofs eine Klatsche für die deutsche Politik?

Specht: Das ist sogar eine Klatsche mit Ansage. Die Kritik an den alten Düngeeregeln war extrem groß, auch von der Wasserwirtschaft. Und diese Kritik wurde nicht gehört. Nun fühlen wir uns durch das Urteil vollständig bestätigt.

SPIEGEL ONLINE: Im Prozess haben sich die Richter mit der Rechtslage von 2014 befasst. Inzwischen sind die Regeln in Deutschland strenger. Ist die Diskussion nicht von gestern?

Specht: Ganz im Gegenteil, der Wasserschutz ist immer aktuell. Auch trotz der neuen Regeln gibt es noch viel zu tun. Und auch das wird nicht oder nur zum Teil gehört. Da zeichnen sich weitere Probleme ab.

SPIEGEL ONLINE: Die letzte Bundesregierung hat vergangenes Jahr das sogenannte Düngepaket verabschiedet, um die Nitratbelastung zu senken. Reicht das nicht, um das Problem endlich zu lösen?

Specht: Das neue Düngepaket ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber auch nur das. Dort sind auf der Zielgeraden noch einige Schlupflöcher eingebaut worden, sodass zum Teil sogar mehr als vorher gedüngt werden kann. Da wird Stickstoff, der tatsächlich auf den Feldern landet, mathematisch weggerechnet - und so kommt man dann zu dem Ergebnis, dass man Pflanzen bedarfsgerecht düngt. Das ist zu kurz gesprungen. Wir erwarten, dass die Löcher gestopft werden.

SPIEGEL ONLINE: Wird es eine weitere Klage gegen Deutschland geben?

Specht: Ich bin nicht die Europäische Kommission. Aber mit den Regelungen, die aktuell gelten, sehen wir aus der Wasserwirtschaft das Risiko jedenfalls nicht gebannt.

SPIEGEL ONLINE: In manchen EU-Ländern wird Bauern einfach zugeteilt, wie viel Dünger sie auf ihren Flächen verwenden dürfen. Ein Modell auch für Deutschland?

Specht: In Dänemark wird das so gemacht - und wir würden begrüßen, wenn es so etwas hier auch gäbe.

SPIEGEL ONLINE: Ein Teil des Problems entsteht auch durch die Förderung von erneuerbaren Energien, konkret Biogas. Was genau läuft da falsch?

Specht: Wir hatten vor einigen Jahren einen Trend zu sinkenden Nitratwerten. Weil aber inzwischen so viele Gärreste aus Biogasanlagen auf die Felder kommen, hat sich dieser Trend längst umgekehrt. Der Anfall an Nährstoffen hat sich in manchen Regionen dadurch noch einmal extrem erhöht. Wäre die Düngeverordnung entsprechend ausgerichtet gewesen, hätte das keine Probleme gemacht. Dann hätte man einfach nicht so viele Anlagen bauen können.

SPIEGEL ONLINE: Andere EU-Länder bekämpfen das Nitratproblem an den sogenannten Hotspots, also den Orten mit der stärksten Belastung. Deutschland hat stattdessen die gesamte Landesfläche im Blick - und scheitert dabei offenbar. Zeit für einen Paradigmenwechsel?

Specht: Ich finde einen flächendeckenden Ansatz sinnvoll. Das Problem ist, dass die zuständigen Behörden gar nicht wissen, was wirklich auf dem Acker landet an Mineraldünger, Gülle und Gärresten. Wir brauchen mehr Transparenz, um

effizienteren Düngereinsatz vorantreiben zu können. Unsere Kontrolleure haben nur 20 bis 30 Prozent der Daten, die Behörden in anderen EU-Ländern wie den Niederlanden oder Dänemark haben.

SPIEGEL ONLINE: Das Düngepaket der Bundesregierung gibt den Bundesländern eine wichtige Rolle bei der Umsetzung. Und jedes Land hat einen anderen Ansatz. Braucht ein bundesweites Problem nicht bundesweite Lösungen?

Specht: Die Länder setzen die Regeln in der Tat unterschiedlich um. Damit verlagert man das Problem aber nur. Für mich als Interessenvertreter eine delikate Antwort: Auch in den Bundesländern sind die politischen Akteure wieder dem Gezerre der Lobbyisten ausgesetzt. Wir hoffen, dass man sich auch durch das aktuelle Urteil davon befreien kann - und endlich Entscheidungen im Sinne des Verbraucherschutzes trifft. Am Ende sind es ja die Verbraucher, die höhere Kosten durch Nitratreinträge auf ihren Wasserrechnungen sehen können.

SPIEGEL ONLINE: Die Nitratbelastung dürfte die Trinkwasserpreise in Zukunft massiv steigen lassen, hat das Umweltbundesamt vorgerechnet. Warum soll es eigentlich zu so starken Sprüngen kommen?

Specht: Teuer wird es, wenn das Wasser aktiv vom Nitrat gereinigt werden muss. Dafür könnten je nach lokalen Voraussetzungen Elektrodialyse, Umkehrosmose, biologische Denitrifikation oder das sogenannte Carix-Verfahren zum Einsatz kommen. Das ist aktuell noch nicht nötig, so jedenfalls mein Kenntnisstand. Aber bereits jetzt arbeiten viele Wasserversorger mit anderen Mitteln daran, die Nitratbelastung im Trinkwasser zu senken. Unter anderem verlagern sie Brunnen oder mischen belastetes und unbelastetes Wasser. Und auch das ist nicht billig.

SPIEGEL ONLINE: Reicht es nicht, ein paar Brunnen ein bisschen tiefer zu bohren?

Specht: Das Tieferlegen von Brunnen bringt nur einen Zeitgewinn, irgendwann kommt eine Nitratbelastung auch dort an. Außerdem kostet das wieder Geld. Und es verletzt und widerspricht dem Verursacherprinzip. Wer Wasserressourcen belastet, muss eigentlich die zusätzlichen Kosten tragen - und nicht derjenige, der sie nutzt.

SPIEGEL ONLINE: Wie lange würde es dauern, bis man an den Messwerten im Trinkwasserbrunnen sieht, dass Regeln gegen zu viel Nitrat endlich wirken?

Specht: An Messstellen in Oberflächennähe können wir schon nach fünf Jahren sehen, wenn sich etwas tut. Im Untergrund sind die Zeiträume länger. Es dauert bei den Brunnen mit den schnellsten Reaktionszeiten 20 bis 25 Jahre, bis Oberflächenwasser in den Grundwasserstöcken angekommen ist, aus denen wir fördern. Der Boden hat die Fähigkeit, Nitrat abzubauen. Und je nach Geologie nimmt das Nitrat unterschiedliche Wege. Oft kann man einfach nur hoffen, dass es nicht in die Grundwasserleiter durchbricht.

URL:

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/nitrat-im-grundwasser-wasserversorger-sehen-klatsche-mit-ansage-a-1214067.html>

Verwandte Artikel:

Grünen-Chef Habeck: "Wir haben ein Gülleproblem" (21.06.2018)

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/robert-habeck-gruenen-chef-beklagt-guelleproblem-a-1214301.html>

Nitrat im Grundwasser: Darum geht es in der Gülleklage (21.06.2018)

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/nitrat-im-grundwasser-darueber-entscheidet-der-europaeische-gerichtshof-a-1213593.html>

Dünger in der Landwirtschaft: Europäischer Gerichtshof verurteilt Deutschland wegen Nitratbelastung (21.06.2018)

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/nitrat-im-grundwasser-eugh-verurteilt-deutschland-a-1214152.html>

© SPIEGEL ONLINE 2018

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH